

Erscheint in Leipzig  
Mittwoch, Freitag, Sonntag.  
Bestellungen nehmen an alle  
Postanstalten u. Buchhand-  
lungen des In- u. Auslandes.  
Fiktal-Expeditionen für die  
Vereinigten Staaten:  
F. A. Sorge,  
Box 101 Hoboken, N. J.  
Wm. Lueders,  
409 Maystr. Chicago, Ill.  
Peter Hoff,  
8. W. Corner Third and  
Coates str. Philadelphia.

# Der Volksstaat

Abonnementspreis:  
Für Preußen incl. Stempel-  
steuer 21 1/2 Sgr., für die  
übrigen Deutschen Staaten  
16 Sgr. pro Quartal.  
Monats-Abonnements  
werden bei allen Deutschen  
Postanstalten auf den 1ten  
u. 3ten Monat und auf den  
3ten Monat besonders an-  
genommen, im Kgr. Sachsen  
u. Kräh. Sachl. -Altenburg  
auch auf den 1ten Monat  
à 5 1/2 Sgr. angenommen.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volkerversammlungen, sowie die Fiktal-Expeditionen und sonstige Partei-Gelegenheiten betreffend, werden mit 1 Sgr., — Privat- und Vergeltungs-  
Anzeigen mit 2 Sgr. die dreigespaltene Petit-Zeile berechnet.

Nr. 41.

Freitag, 10. April.

1874.

Der Festtag halber ist die Mittwochs-Nummer ausgefallen, was bekannt zu geben wir vergessen hatten.

Redaktion und Expedition des „Volksstaat“.

## Die Reider des Buchhauses.

I.

Seitdem der soziale Columbus, Herr Bernstein von der Berliner „Volkzeitung“ glücklich „entdeckt“ hat, daß die Berliner Steinträger es bis zu einem Tagelohn von 5 Tdln. bringen können, ist bei den Dekonomen der Bourgeoispreffe eine neue Aera angebrochen. Sobald sich jemand unterfangt, von der Nothlage der arbeitenden Klassen zu reden, berufen diese Herren sich auf das Ei des sozialen Columbus. „Was“, rufen sie, „diese übermühtigen Arbeiter, diese Schlemmer, die zum Frühstück Reihener freien und Champagner aus Weißbiergläsern trinken, wollen es noch besser haben? Das sollte gerade. Der mit dem Contraktbruchgesetz, damit die Berliner Tischlergesellen nicht wieder die Arbeit verlassen können, weil sie nicht auf Kosten ihres Arbeitgebers zur Arbeit gezwungen werden.“

So ungefähr reihen die Gegner ihre praktischen Argumente aneinander, während daraus eine Schlinge zu kneten, welche den Sozialismus erdroffeln soll. Mit Ammenmärchen, die ihren Ursprung der Bierbank verdanken, wollen sie der bedeutendsten Frage unserer Zeit zu Leibe gehen.

Indessen hat eine Menge jener traurigen Gesellen, die mit schlechten Wigen die ökonomischen Fragen gelöst zu haben sich eingebildet, denn doch noch und nach erkannt, daß Possenreißer zwar die Aufmerksamkeit eines blafierten Publikums erregen können, daß aber die Entwicklung der Dinge sich darum verflucht wenig kümmert und da wie dort in drohenden Erscheinungen an die Oberfläche tritt. Wige und Gelächter verstummen dann vor dem furchtbaren Ernst der Thatfachen.

Dies finden wir vorzugsweise bei dem sozialdemagogischen Muckerthum. Dieses, mit dem Geheiß unterm Arm und mit frommen Lügen auf den Lippen, kann nicht öffentlich an dem Zerengang der Bourgeoisie theilnehmen. Es muß herabsteigen aus den Palästen in die Hütten des Proletariats, um die Henselei, sein Prinzip, wirksam zu betreiben. Es muß mit der einen Hand „wohltätig“ erscheinen, während es mit der andern ausbeutet und mit Schrit und Wort verdummt. Aber dies Muckerthum muß des Volkes Noth sehen und der Champagnerseuche vermag die „höflichen Bilder“ oft nicht mehr hinwegzujagen. Und das macht, daß die Herren oft gar wunderliche Sprünge riskieren und Burzelbäume schlagen, ja es verirrt sie manchmal so sehr, daß sie die Wahrheit sagen.

In einer Reihe von Muckerblättern lesen wir „Vorschläge zur Abhilfe“, welche dem in Berlin erscheinenden „deutschen Reichspiegel“ ursprünglich entnommen sind. Die „National-Dekonomen“, aus deren Hirn diese Vorschläge gleich geworpen entsprangen, wie Wimeras aus dem Kopfe Japeters, sind zwar der Meinung, daß die criminelle Bestrafung des Contraktbruches, wie ihn die Gewerbeordnung-Novelle verlangt, nicht geeignet sei, die bestehenden Mißstände zu heben, treiben aber die „Genialität“ so weit, daß sie Heilung der gesellschaftlichen Schäden nur finden

1) In der Verletzung der falschen Humanitätsprinzipien, welche es dahin gebracht haben, daß der arbeitsscheue Bagabund und der Sträfling in den Arbeitshäusern und Strafanstalten eine Existenz führt, welche oft von dem rechtlichen Arbeiter beneidet wird;

2) In der Beschränkung der Freiheit des wuchernden Kapitals;

3) In der Interessengemeinsamkeit zwischen den Arbeitern und dem produktiv arbeitenden Kapital.

Die „Herren Verfasser“, deren „Text“ wir hier zum Besten geben, sind einmal fromme Männer, dann reichstreue Männer, das ist eben wir aus der politischen Färbung der Blätter, welche obige Vorschläge zur Geltung bringen; zum andern sind sie Anhänger der Bourgeoisie Dekonomie („produktiv arbeitendes Kapital“) und drittens sind sie „freisinnig“ im modernen Sinne des Wortes („falsche Humanitätsprinzipien“). Aus alledem ergibt sich, daß sie unter den „arbeitsscheuen Sträflingen und Bagabunden“ nicht etwa gefänglich eingezogenen Gründer oder Bankerotteure verstanden haben, welche sich mittelst goldener Schlüsselchen bekanntlich ihre Haft oft sehr leicht zu machen verstehen. Denn gelangene Gründer oder Bankerotteure sind allerdings „oft“ besser dran als der „freie Arbeiter“ und somit enthielte Nr. 1 der „Vorschläge“ nichts Auffallendes.

Rein, die Herren Verfasser meinen jene unglücklichen Opfer der heutigen Gesellschaftsorganisation, welche durch die Verhältnisse gedrängt und gezwungen sich hinerufen lassen, Verbrechen zu verüben und welche dann die heutige Gesellschaft hinter Schloß und Riegel steckt, sich „gerettet“ während sie es nicht wagt und nicht versteht, die Wurzel des Übels auszurotten, so daß diese immer neue und immer häßlichere Schöflinge treiben.

Der Auswurf der Menschheit — um einen beliebigen Ausdruck der Gegner zu gebrauchen — ist es, den der rechtliche Arbeiter — ach wie hübsch! — beneidet, beneidet um den Zustand, in welchem sich der „Auswurf der Menschheit“ zur Strafe befindet!

Welch ein furchtbares Wort haben die „Herren Verfasser“ da angedeutet dem Javan ihrer Zähne entschöpfen lassen! Die klassische Schilderung der Proletariatsnoth, die je ein sozialdemo-

kratisches Gehirn ausgedacht, verhält sich zu diesem Bilde wie das schwache Herdfeuer zu den vulkanischen Flammen des Vesuv.

Der rechtliche Arbeiter beneidet den Bagabunden im Gefängnis!

Kommt doch her, ihr Bernstein, Koboloff, Biedermann und Eras, kommt her und reißt eure Wige von dem Champagner in Weißbiergläsern, von dem Reihener beim Frühstück und von den droßelnsfahrenden Tischlergesellen! Kommt doch her und wischt dies häßliche Bild hinweg! Ihr wollt nicht? Ja, die „Herren Verfasser“ haben Euch einen schlimmen Streich gespielt.

Wie oft habt ihr Euch darüber moquirt, daß die Sozialdemokratie für den „rechtlichen Arbeiter“ eine menschenwürdige Existenz verlangt? Wie oft habt ihr euch eingebildet, die Forderung der menschenwürdigen Existenz sei mit den einfachen höflichen Worten: „Champagner und Reihener!“ abgethan?

Und doch — der „rechtliche Arbeiter“ muß nach dem Zeugnis aus dem Munde von Euren Befinnungs-Kumpansen sogar noch diejenigen beneiden, welche keine menschenwürdige Existenz haben. Oder seid Ihr der Meinung, daß das Buchhaus etwas „Menschenwürdiges“ sei?

Warum müßten eure Kumpansen aber auch gerade vom „rechtlichen Arbeiter“ sprechen. Damit ist freilich gerade der Arbeiter gemeint, von welchem ihr gewöhnlich redet, der Arbeiter, welcher sich nicht an staatsgefährlichen, hochverrätherischen Verbindungen theilhaftig, welcher ruhig zur Fabrik-Schlachtbank und ruhig nach Hause geht, der sich ruhig um den größten Theil seines Arbeitsertrags prellen läßt und für den die Fabrikhülle ist, was für den Pfaffen die Kirchenglocke, d. h. das Zeichen zum „Dienste des Herrn“. Und gerade dieses nach eurer Ansicht so glückliche „Glied der Gesellschaft“, das noch nicht angegriffen ist vom sozialdemokratischen „Gift“, dem ihr so oft sagt, daß es sich inmitten des „Wohlstandes“ und der „Bildung“ befindet, gerade dieses „Glied der Gesellschaft“ ist es, welches den Buchhändler und Sträfling um seine Existenz beneiden muß!

Hui über diese „Gliederung“ der Gesellschaft und über ihre Bertheidiger!

## Politische Uebersicht.

— Fürst Bismarck ist offenbar sehr krank, und nicht bloß an den Beinen. Es gibt eine gewisse Krankheit, den Ärzten sehr wohl bekannt und weit schwieriger zu heilen als Gicht und Nervenjucken — die sich im unnüßlichen Gebrauch des Wörtchens ich, nebst dessen Zuhörer: mir, mich, mein ic. äußert. Schon früher ließen sich bei zahlreichen Gelegenheiten Symptome am Fürsten Bismarck erkennen, welche sehr bedenklich auf diese Krankheit hindeuteten. Jetzt scheint dieselbe aber zu vollem Ausbruch gekommen zu sein. Natürlich haben die Freunde des Fürsten ein Interesse daran, die Sache geheim zu halten. Es fehlt aber nirgends an enkants terribles, die Alles ansplandern, und das enkant terribles in diesem Falle war „unser“ Braun, der mißlungene Zeitungeredacteur, aber desto gelungenere Reichstagsredner. Derselbe bringt nämlich in dem ihm zur angenehmen Beförderung ins Jenseits überlieferten „Dank Spener“ vom 28. März eines „Bon Bismarcks Krankenbett“ überschriebenen Artikel, in welchem erzählt wird, was Bismarck zwei Reichstagsabgeordneten, die ihn am Tage vorher besuchten, zu sagen gerath hat. Es war nicht viel, allein die Qualität ersetzt die Quantität, und in den paar Duzend Zeilen, welche der Bericht einnimmt, kommt das Wörtchen ich nebst Zuhörer nicht weniger als 26, sechsundzwanzig mal vor, verschiedenliche „wir“, „man“ ic., die bloß Variationen des Wörtchens ich sind, gar nicht zu rechnen. Und mit welcher kräftiger Sauce! „Herren, welche ausdrücklich auf meinen Namen gewählt sind“ (haben die Frechheit, sich den Luxus von Beweisenstrupeln in der Militärfrage zu erlauben). „Ich kann mir diese Lage der Dinge nicht gefallen lassen.“ „Ich kann meinen europäischen Ruf nicht opfern.“ „Entweder mein Rücktritt, oder Auflösung des Reichstags.“ Und so weiter. Wahrhaftig, der Mann ist sehr, sehr krank, und seine Leibärzte mögen sich vorsehen. Doch — einem kranken Mann muß man den Willen thun; der Reichstag wird seine Beweisenstrupel ad acta legen (zu den übrigen — es ist schon ein respectables Häuflein) und dem zürnenden Stallmeister „Achill“ wird sich in der Bekleidung schwerlich erkennen! den Beweis liefern, daß das von ihm „in den Sattel geborene Deutschland“ auch „reiten“ kann. Wohin? werden die Propheten des Reptilienfonds sagen. Oder nicht. Aber da fällt uns ein: Wenn „Er“ der Stallmeister, und Deutschland der Reiter ist, wer, Ihr göttlichen „Saubirten“ ist dann das Pferd? Deutschland kann doch unmöglich auf seinem eigenen Rücken reiten. Im Ganzen pflegt zwar die Sprache des Pferdewalls nicht dunkel zu sein, in diesem Falle aber ist sie es entschieden. Indes Dunkelheit gehört zur „Genialität“, und das „Genie“ soll ja, wie mehrfach auseinandergelegt worden, eine Krankheit sein. Und da wären wir wieder glücklich bei der Krankheit des Stallmeisters Bismarck angelangt.

— Den Parlamentarismus durch den Parlamentarismus todt machen war bekanntlich einer der Cardinalpunkte des Programms, mit welchem Fürst Bismarck vor 13 1/2 Jahren an die Spitze des preussischen Ministeriums trat. Und keinen hat der „geniale Staatsmann“ so gut durchgeführt. Das zeigt sich jetzt in vollster Glorie am neuen Militärgesetz. Die Majorität des Reichstags hat sich unzweideutig gegen dasselbe erklärt; die Kommission, vor welche es gebracht wurde, hat den entscheidenden Paragraphen 1 einstimmig abgelehnt. Und doch ist es zweifellos,

daß der Gesetzesentwurf in seinen wesentlichen Grundzügen vom Reichstag wird angenommen werden. Der König von Preußen hat, allen konstitutionellen Traditionen zuwider, das Gewicht seines persönlichen Willens zu Gunsten des Entwurfs in die Waagschale geworfen; den kranken Fürst Bismarck hat man von seinem „Schmerzenslager“ eine donnernde Philippika an die rebellischen Reichstagsglieder loepaulen lassen; die ganze Reptilienpresse speit Feuer und Flamme über die Enormität des Verbrochens, das neue Reich wehrlos machen zu wollen; das Schreckbild des „Conflicts“ und der Auflösung des Reichstags wird in den schrecklichsten Umrisen an die Wand gemalt — und siehe da! anstatt sich ob solcher Behandlung zu erzürnen, und, gestählt durch das Bewußtsein erfüllter Pflicht, für die Würde der Volksvertretung und das Interesse des Volks bis auf's Aeußerste zu kämpfen, beschäftigt die Majorität des Reichstags sich nur noch mit dem einen Gedanken: wie sie dem angebotenen Kampf ausweichen, und, was sie für Recht hält, in möglichst anständiger Form preisgeben kann. Bloß um die Form der Unterwerfung handelt es sich noch. Die Unterwerfung ist beschlossene Sache. Und das verlangt, daß man Respekt vor ihm habe! Und das sieht hochwüthig auf die „verkommenen“ Franzosen herab, die das freche Wort eines Königs: der Staat bin ich! schon vor nahezu hundert Jahren mit einer Revolution beantworteten, welche die Grundlagen der Monarchie so radikal zerbröckelt hat, daß auf französischem Boden keine dauernde Monarchie mehr zu errichten ist!

— Anfrage an Hrn. Schulze in Mainz. In Nr. 77 der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ schreiben Sie „vom Mittelrhein“ u. A.: „Wäre dies anders (d. h. gäben sich weitans die meisten — deutschen — Redaktionen die Mühe, die sozialdemokratischen Hauptblätter selbst zu lesen?) so würde das deutsche Publikum u. A. erfahren, daß der „Volksstaat“ mit eiserner Stirn seinen Lesern mittheilt, die einzige Folge der Bismarckschen Ablehnung eines Theils der von Lamarmora mitgetheilten Dinge sei gewesen, daß die Wahrheit des Bestrittenen bewiesen worden; ein Versuch thatsächlicher Widerlegung sei überhaupt gar nicht gemacht. Besonders aber würde es erfahren, daß alle solche Einzelheiten harmlos sind verglichen mit dem Geiste giftigen, verachtungsvollen Hasses gegen das deutsche Reich und die bürgerliche Gesellschaft der aus jeder Zeile, namentlich des „Volksstaat“ athmet.“ Nachdem wir Hrn. Schulze für das Compliment (der Ausdruck ist hoffentlich nicht so anstößig, wie „Denunziation“) also nachdem wir Hrn. Schulze für das Compliment gedankt, möchten wir ihn bitten, uns doch gefälligst mittheilen zu wollen

1) wo wir gesagt haben, daß „die Wahrheit des Bestrittenen (der Lamarmora'schen Anklagen) bewiesen worden sei“ und

2) wo und wann ein Versuch thatsächlicher Widerlegung (der Lamarmora'schen Anklagen) gemacht worden ist.

Wir wissen von keinem solchen Versuch, sind aber als gewissenhafte Journalisten erdötig, pater peccavi zu sagen, wenn und Herr Schulze das Firtthum überführt.

Offenbar ist dieses neueste — Compliment des Hrn. Schulze von Mainz durch nachstehenden Passus unserer „politischen Uebersicht“ vom 22. März veranlaßt worden: „Außer der bekannten Ablehnung des Fürsten Bismarck ist kein Versuch der Widerlegung des Lamarmora'schen Buchs in die Oeffentlichkeit gedrungen. Man hat die Aechtheit der Lamarmora'schen Aktenstücke bestritten, und das Resultat war: der Beweis der Aechtheit. Statt widerlegt zu sein, hat seit der bekannten Ablehnung des Fürsten Bismarck die Lamarmora'sche Schrift darüber an historischer Glaubwürdigkeit nur gewonnen.“ So schrieben wir vor 3 Wochen, und wir wiederholen es heute, bereit, jedes Wort gegen Jeden zu vertreten. Wir haben gesagt: der Beweis für die (bestrittenen) Aechtheit der (in Frage kommenden) Lamarmora'schen Aktenstücke sei erbracht worden. Und das ist eine Thatsache. Aus dem Beweis der Aechtheit der Aktenstücke macht Herr Schulze einen Beweis für die „Wahrheit des Bestrittenen“, das heißt für die Wahrheit des Inhalts der Aktenstücke — ein Taschenspielerkunststückchen, das einer Fälschung so ähnlich ist wie ein Ei dem andern. Wir gestehen übrigens gern, daß wir auch an die Richtigkeit des Inhalts der Aktenstücke glauben; „Be-weise“ dafür aber haben wir noch nicht, weil wir gleich Mal-lindrodt und Herrn Schulze „nicht dabei gewesen sind.“ Wir meinen „Beweise“ im streng juristischen Sinn, deren es aber bei-läufig nicht bedarf, um ein schwurgerichtliches oder auch historisches Urtheil zu fällen. An dem Pranger der Weltgeschichte steht ewige Zeiten so mancher „große Mann“, gegen den das Belastungsmaterial weit weniger wichtig ist. Und — wer weiß, was die Zukunft noch bringt?

Also Antwort auf unsere zwei Fragen, Herr Schulze von Mainz!

Und noch eins, Herr Schulze! Wir sind in Folge Ihrer gerichtlichen Klage zu 30 Thalern Geldstrafe verurtheilt worden, weil das Gericht in dem Ausdruck „gemeinlichster Denunziant“ eine „Beleidigung“ Ihrer werthen Persönlichkeit entdeckte. Sie glauben sich wohl damit weigern zu haben? Wir, Herr Schulze, denken von Ihnen noch ganz genau so wie vorher und werden unsere Ansicht nicht ändern, wenn Sie uns noch zehnmal verklagen. Ihr oben erwähnter Artikel im Biedermann'schen Blatte beweist ja nur wieder, daß wir erkannt haben, was Sie sind.

— In Paris ist gegen einen Revolver-Journalisten wegen verschiedener Betrügereien ein Criminalprozeß verhandelt worden.

\*) So heißen ursprünglich die kränkelnden Reden des Athener Demokles gegen den annerkennungslustigen König Philipp von Makedonien

Dieser Biedermann — Hugelmann ist sein Name — war schon unter Bonaparte Polizeipolizist und „Saubert“ in einer Person. In der Verhandlung spielte sich nachstehendes Zwiegespräch ab:  
Präs.: Vielleicht gibt folgender Brief Aufschluss über Ihre Selbstverhältnisse, und erklärt, wie es kommt, daß Sie, der Sie mit 80 Frs. in London angekommen waren, so große Ausgaben machten. Dieser Brief ist vom damaligen preussischen Botschafter in London, Grafen Bernstorff. Er schrieb im Dezember 1870: „Der Graf v. Bernstorff erwartet Herrn Hugelmann morgen Nachmittag gegen 1 Uhr bei sich, wenn derselbe es nicht vorzieht, des Abends zu ihm zu kommen.“ — Hugelmann: Ich hatte zwei Artikel über Friedensbedingungen veröffentlicht, die annehmbar gewesen wären. Diese Artikel hatten dem Grafen gefallen, der mir vorschlug, mit der Kaiserin davon zu sprechen. Ich antwortete, daß ich dieselbe nicht besuche, daß er sich aber an Herrn Duvernois wenden könne. Unsere Beziehungen dauerten in ehrenvollster Weise fort; ich schwöre es. — Präs.: Diese Beziehungen warfen aber einen höchst schmachvollen Verdacht auf Sie. Zugleich machten Sie ganz übertriebene Ausgaben, machten großen Aufwand, und doch waren Sie, ich wiederhole es, nur mit 80 Frs. in London angekommen.

Mit diesem Lump, der als gemeiner Schwindler von den „ensittlichten“ Franzosen soeben zu hährigem Gefängnis verurtheilt worden ist, entblödete sich also der preussische Gesandte in London Ende 1870 nicht, diplomatische Verhandlungen zu pflegen! Abgesehen von dem Schlaglicht, das dieser Umstand auf die Moralität der „deutschen“ Politik wirft, liefert er auch einen neuen Beweis für die so hartnäckig abgelehnte Thatsache, daß die preussische Regierung auch nach dem schmachvollen Ende des Bonaparte diesen und seine saubere Familie als die rechtmäßige Dynastie Frankreichs anerkannte. Das war die praktische Auslegung des Königsworts, daß wir 1870 mit der kaiserlichen Regierung, nicht aber mit dem französischen Volk Krieg führten.

— Für fünfzehn Groschen! Die „Allgemeinen Anzeigen“ zur Gartenlaube enthalten folgendes Inserat:

„Gegen Einsendung von 15 Sgr., sowie durch jede Buchhandlung zu beziehen:

Herrn Viemard. Der Mann von Welt in seinem Umgang in Gesellschaft und in seinen Maximen. Ein Handbuch und Leitfaden für Jedermann durch die Geheimnisse der Lebensklugheit, ein Rathgeber über das Verhalten in jeder Lage des gesellschaftlichen und bürgerlichen Lebens. Aus den Mittheilungen der feineren Gesellschaftskreise, Diplomaten, Abgeordneten u. gesammelt durch Robert Brunschwig. Max Fellner's Verlag in Gotha.

Die Presse sagt: Möchte doch Jeder, Jeder dies Werk sich aneignen, denn es ist ein sicherer Führer, ein Viemard zu werden, für Jeden in seinem Kreise.“

Das ist sicherlich die erhabenste Leistung des „Denkervolks“. Für einen halben Thaler die ganze „Serialität“, die täglich in Hunderten von Leitartikeln besungen und gepriesen wird — wir gratuliren! Der alte Hardeboffer mit seinem Nürnberger Trichter und Brochhaus mit seiner Eisbrücke sind die reinsten Stümper gegen diesen „Robert von Brunschwig“, der für 15 Sgr. aus jedem deutschen Michel einen „gemalten Staatsmann“ macht.

Eins hat er übrigens vergessen, er hat übersehen, den Serialitäts-Aspiranten zu empfehlen, daß sie sich auch einige Tage in Pferdehallen aufhalten. Denn nur dort können sie die Inspiration für jene „glühendsten Worte“ erlangen, welche zur „Serialität“ unerlässlich sind.

Und nun mache sich ein jeder „gebildete Hausknecht“ an das Werk, für fünfzehn Groschen ein Viemard zu werden!

— Brave Jungens. Die englischen Trades Unionisten haben von Zeit zu Zeit eine Unterredung mit diesem oder jenem Minister — Grund genug für die deutschen Affichen derselben, auch einmal einem Minister die Aufmerksamkeit zu machen, um das „Ereigniß“ dann brüßheiß an die große Glocke der Deffentlichkeit zu hängen, damit die Welt doch erfährt, daß die Hirsch Dunder'schen Gewerksvereine noch am Leben sind. Die englischen Trades Unionisten, mögen ihre Fehler nun sein welche sie wollen, verfahren mit den englischen Ministern als Macht mit der Macht, ebendürrig, mit steifem englischen Rückgrath. Die deutschen Gewerksvereine von der Couleur Max Hirsch — nun, sie wissen, wie es um ihre Macht bestellt ist und daß die Minister es wissen; und was das Rückgrath betrifft, je nun, Rückgrathöverkrümmung ist ja seit etlichen Jahrhunderten die deutsche Nationalkrankheit und von den Musterschülern des Musterkäbchleins Max darf man deshalb nicht das steife englische Rückgrath verlangen. Ländlich stülplich. Das „Ereigniß“ fand vorige Woche statt und der Bericht darüber lautet:

Berlin, 1. April. Am Dienstag Vormittag empfing der Handelsminister Dr. Achenbach die aus den Herren Andreae, Landgraf, Janson und Wabe bestehende Deputation des Centralraths der deutschen Gewerksvereine, welche eine Audienz beim Herrn Minister nachgesucht hatte, um in Betreff der von einzelnen Verwaltungsbehörden gegen die Kranken- u. Unterstützungskassen in letzter Zeit beobachteten Haltung der Regierung Aufklärung zu erbitten. Die Streitfrage dreht sich bekanntlich um den § 141 der Reichsgewerbeordnung, den die Gewerksvereine so interpretiren, daß ihre Kassen mit den staatlich genehmigten, sog. Zwangslosen gleichberechtigt seien, während sowohl der Minister wie verschiedene Unterbehörden anderer Ansicht waren. Der Sprecher der Deputation, Herr Andreae, führte nun dem Herrn Minister aus, daß es unmöglich richtig sein könne, den § 141 der deutschen Reichsgewerbeordnung jetzt so zu interpretiren, wie es geschehen sei, nachdem man den Kassen der Gewerksvereine fünf volle Jahre Zeit gelassen habe zu ihrer Entwicklung. Die Kassen seien für die Gewerksvereine gewissermaßen Existenzbedingung und das wirksamste Mittel, den Ausschreitungen der Sozialdemokratie entgegenzuwirken. Dem fügte Herr Landgraf noch hinzu, daß es ein einfaches Mittel zur Klarstellung des Sinnes im § 141 gäbe, wenn man nämlich die gesetzgebenden Faktoren fragen würde, ob sie mit jenen Bestimmungen wirklich nur staatlich genehmigte oder auch freie Kassen gemeint haben. Der Minister erwiderte der Deputation, daß er persönlich wenigstens vorläufig nichts in der Sache thun könne, da er nach beiden Seiten hin Rechnung zu tragen und Gerechtigkeit zu üben habe. Vor allen Dingen müßte erst mehr Klärung in die streitige Angelegenheit gebracht und außerdem abgewartet werden, nach welcher Seite die richterlichen Entscheidungen ausfielen. Auf jeden Fall wüßten die Auftraggeber der Deputation darauf rechnen, daß er (der Minister) volle Unparteilichkeit und Gerechtigkeit walten lassen werde. Wie wir hören, wird die Angelegenheit auch noch im Reichstage in Form einer Interpellation zur Sprache gebracht werden.

Dies der Bericht. In demselben hat nur eine einzige Stelle

näheres Interesse für uns, die, worin es heißt, daß die Kassen der Gewerksvereine „das wirksamste Mittel seien, den Ausschreitungen der Sozialdemokratie entgegenzuwirken“. Das ist charakteristisch für die Musterschüler des Musterkäbchleins. Statt stolz, steifen Rückgraths vor dem Minister zu stehen, wie ihre englischen Vorbilder es thun, suchen sie seine Gunst dadurch zu erlangen, daß sie ihm ihre sozialdemokratischen Mitarbeiter in optima forma denanzieren und sich selbst als eine Art freiwillige Polizei gegen dieselben empfehlen. Wir geben dieses Benehmen der Beurtheilung jedes anständigen Mannes preis.

Man sieht, die Lehren der „Volkzeitung“ sind nicht auf steinigen Boden gefallen, und Ehren-Bernstein darf sich seines Erfolgs freuen. Apropos, dieser Bernstein feierte vor einigen Tagen sein 25jähriges Jubiläum als Redakteur des Dunder'schen Blattes, der ehemaligen „Urwählerzeitung“. Fünf und zwanzig Jahre lang unter dem Deckmantel demokratischer Prinzipien die feigste Gefinnungslosigkeit, die beschränkste Philisterei gepredigt; fünf und zwanzig Jahre lang die Freiheit im Munde geführt, um sie im entscheidenden Moment zu verrathen, die Willkür im Kleinen bekämpft, um sich im Großen vor ihr zu beugen und sie zu verheerlichen; fünf und zwanzig Jahre lang unter dem Phrasenschleim schillernder Halbbildung jedes ernste folgerichtige Denken ersticht — pfläffischer Philosoph, philosophelnder Pflaffe — auf wissenschaftlichem Gebiete — denn er spielt auch den Mann der Wissenschaft, weil er einige, zum Theil allerdings verdienstvolle, naturwissenschaftliche Populärschriften geliefert hat — auf wissenschaftlichem Gebiete ein Enanuch, auf politischem ein Kachelträger, auf sozialem ein Ignorant und Demunziant, auf jedem ein Confessionsrath: das ist Herr Bernstein, dessen Jubiläum von zahlreichen, sogar in Demokratie machenden Zeitungen als „ein Ehrenfest der deutschen Journalistik“ ausposaunt worden ist. Doch warum nicht? Herr Bernstein ist ein würdiges Früchtlein unserer Journalistik, und die Herren Andreae und Consorten sind würdige Früchtlein der Bernstein'schen Journalistik. In der Bibel aber heißt es: „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!“

— Unter den englischen Gewerksvereinigern ist in Folge des Eintritts der Herren Mac Donald, Hughes und neuerdings auch des Herrn Burt (des zweiten der zwei einzigen in's Parlament gelangenen „Arbeiterkandidaten“) in die königliche Commission ein ernsthafter Streit ausgebrochen. Der vom Sheffielder Congress gewählte „parlamentarische Ausschuss“ der Gewerksvereine hat in einer außerordentlichen Sitzung am 20. März nicht nur seinen früheren Beschluß gegen die königliche Commission einstimmig aufrecht erhalten, sondern auch Herrn Mac Donald, den bisherigen Präsidenten des Ausschusses, zur Niederlegung seines Postens als Vorsitzender gezwungen. Die Debatten waren sehr erregt, und obgleich nicht außer Acht zu lassen ist, daß „liberale“ Bourgeois einfließen sich dabei geltend gemacht haben — in der Sitzung vom 17. März, welche den ersten Beschluß gegen die königliche Commission fasste, war z. B. Herr Mundella, der bekannte „arbeiterfreundliche“ Fabrikant anwesend — so kann doch auf der anderen Seite nicht geleugnet werden; daß das Vorgehen des „parlamentarischen Ausschusses“ den Beifall der politisch entwickelten englischen Arbeiter haben wird.

— Der Apfel der Zwietracht, welchen das englische Toryministerium unter die Trades-Unionisten (Gewerksvereiner) geworfen hat, wirkt mit einem Erfolg, welcher den „arbeiterfreundlichen“ Urhebern des fatalen Beschlusses zur höchsten Befriedigung gereichen muß. Es ist bekannt, daß außer Macdonald auch noch Burt in die „königliche Commission“ eingetreten ist. In Folge dessen steht die Sache so, daß die offizielle Gesamt-Vertretung der englischen Trades-Unionen, der aus dem Sheffielder Congress gewählte „parlamentarische Ausschuss“ (Parliamentary Committee) den Eintritt in die königliche Commission ziemlich unverblümt als Verrath an der Arbeitersache gebrandmarkt hat; daß aber die beiden Vertreter der Trades-Unionisten im Parlament es für zweckmäßig befunden haben, diesen Verrath an der Arbeitersache zu begen. Die Herren Burt und Macdonald sind aber nicht bloß die einzigen Vertreter der Arbeiter (freilich nur der trades-unionistischen) im Parlament, was ihnen bedeutenden Einfluß verleiht, sondern sie gehören auch zu den beliebtesten Führern des am besten organisirten Zweiges der englischen Arbeiterklasse der Kohlenarbeiter. Es fällt deshalb auch den betreffenden Herren nicht ein, vor dem „parlamentarischen Ausschuss“ und der Redaktion des „Beehive“, der dessen Organ ist, zu Reue zu treiben. Im Gegentheil — sie haben den Handschuh mit Eifer aufgenommen: Herr Burt holte sich ein Vertrauensvotum seiner Wähler, und Herr Macdonald berief den Rath der „Nationalen Association der Bergarbeiter“ (des Einen der zwei Hauptgewerksvereine der englischen Bergleute) zusammen, und bewirkte, daß derselbe in einer einstimmig gefaßten Resolution nicht nur den Eintritt in die königliche Commission billigte, sondern auch an Herrn G. Potter, den Redakteur des „Beehive“ die Aufforderung richtete, den gegen Macdonald geschleuderten Vorwurf des Verraths öffentlich zurückzuziehen. Hiernach läßt sich kaum absehen, wie ein Bruch noch vermieden werden soll. Herr Potter und die übrigen Häupter des „Beehive“ können die Anklage des Verraths schon deshalb nicht widerrufen, weil sie durch ihr Verhalten zu den liberalen Bourgeois (Gladstone, Bright, Morley u.) gezwungen sind, jede Annäherung der Arbeiter an die Tories zu verhindern. So sehr wir damit übereinstimmen, daß die Handlungsweise der Herren Macdonald und Burt „ein Verrath an der Arbeitersache“ ist, so wenig können wir doch die Motive der Ankläger gutheißen, die nur deshalb jenen, weil der Eintritt der Genannten in die königliche Commission es den Herren vom „Beehive“ wesentlich erschwert, die englischen Gewerksvereiner nach wie vor zum Schwanz und Stimmvieh der liberalen Bourgeois herabzuwürdigen. Weder noch, heißt die richtige Lösung. Weder Whigs noch Tories. — Weder Stimmvieh der Conservativen noch der Liberalen. Aber auch: Weder Macdonald u. Co. noch Potter u. Co.

— Für die Harmonieapostel. Der Prozeß gegen Herrn Halliday und seine Mitangeklagten wegen angeblicher „unerlaubter Vereidung von contractlich gebundenen Arbeitern zum Contractbruch“ hat eine unerwartete Wendung genommen. Die Geschworenen konnten sich über die Schuldfrage nicht einigen — in England erheischt bekanntlich das Gesetz Einstimmigkeit des Wahrspruches der Jury —, und die Angeklagten mußten nach zehnjähriger Verhandlung ungerichteter Sache entlassen werden. „Hierauf, so schreibt einer der Mitarbeiter des „Beehive“, erfolgte eine eigenhümliche Scene. Der Rath der Krone (unserem Staatsanwalt amähernd ähnlich) erklärte, er könne zwar nicht in eine förmliche Freisprechung willigen, sei aber bereit die Anklage zurückzuziehen, wenn Herr Halliday sich verpflichten wolle, daß nichts unternommen werde, was die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit zu stören geeignet sei“. Dies wurde natürlich von Mr.

Ropwood, dem Anwalt der Angeklagten zurückgewiesen; derselbe erklärte, Herr Halliday sei unschuldig und werde keines der ihm geleglich zuzuführenden Rechte aufgeben; aber er habe sich weder in die Angelegenheiten von irgend Jemand, der in einem Contract verhältniß stehe, eingemischt, noch werde er es in Zukunft thun. Das war weit genug gegangen — indeß doch nicht weit genug für die Ankläger. Der Prozeß ist somit einfach verlag, obgleich der Richter die Hoffnung ausdrückte, es werde nicht nöthig sein weitere Schritte zu thun. Der „Manchester Examiner“ (ein liberales Bourgeoisblatt) sagt in einem Leitartikel: „Wir sind entschieden der Meinung, daß die Angeklagten zu einer Freisprechung berechtigt waren“. Aber sie sind nicht freigesprochen worden. Die Anklage schwebt über ihren Köpfen, und kann jedes Moment niederfallen, je nachdem es den Arbeitgebern beliebt oder nicht. Mr. Pope, der Rath für die Krone, weigerte sich, mit der Anklage fortzufahren, und dennoch benutzte er die Anklage, auf welche hin er seinen zweiten Prozeß einleiten wollte, als ein Mittel für seine Klienten Bedingungen und Versprechen von Herrn Halliday zu erpressen. Es ist in der That ein sonderbarer Stand der Dinge“. So der englische Harmoniegläubige, dessen Glaube nun allerdings ins Wanken zu kommen beginnt und sehr nöthig hat, durch den neuesten Leitartikel des von des Zweifels Bläse noch nicht angekränkelten deutschen Harmoniestudios Max Hirsch gestärkt zu werden. „Ein sonderbarer Stand der Dinge!“ Nicht weniger als sonderbar; sonderbar ist bloß, daß es, zumal in England, noch unschuldsvolle Gemüther gibt, die das Natürlichste von der Welt „sonderbar“ finden können. Die Gesetze sind der Ausschlag der Interessen der Nachhaber; die bestehenden Klassen sind die Nachhaber ergo sind die Gesetze Waffen, Instrumente zur Wahrung der Interessen der besitzenden Klassen. Und da die Interessen der besitzenden Klassen sich natürlich denen der nichtbesitzenden feindlich gegenüberstellen, so richten die Gesetze natürlich ihre Spitze gegen die Nichtbesitzenden. Und da nun Hr. Halliday, mag er den besitzenden Klassen noch so freundliche Rathschläge zuwerfen, doch als Vertreter der nichtbesitzenden Klassen gilt, so konnte er natürlich von einer Jury von Besitzenden und nach der Gesetzen der besitzenden Klassen nicht freigesprochen werden. Alles sehr, sehr natürlich, wenn man die Dinge nimmt, wie sie sind, aber sehr „sonderbar“, wenn man durch eine Harmoniebrille sieht.

### Gewerksgenossenschaftliches.

#### Allgemeiner deutscher Schiffszimmerer-Verein.

Hamburg. Mitte Februar wurde von der Mitgliedschaft Brahe eine Lohnforderung von 1 Thlr. 5 Gr. pro Tag und Mann gestellt, die Forderung wurde aber Seiten der Werftinhaber entschieden zurückgewiesen. Hierauf wurde zum 1. März der Strike beim Vorort angemeldet und von diesem aus acceptirt. Inzwischen hatten Verhandlungen statt wozu eine Zahlung eines Lohnes von 1 Thlr. 2 1/2 Gr. aber auch dieses Angebot verwarfen die Werftinhaber. Nunmehr gingen die Schiffszimmerer auf ihre erste Forderung zurück und beschloßen in einer Versammlung unter allen Umständen an derselben festzuhalten. Der Strike währt schon vier Wochen. Die Werftinhaber von Brahe-Elsfleth haben sich verpflichtet, bei 500 Thlr. Strafe keinen Strike in Arbeit zu nehmen. Es striken jetzt in Brahe 150, in Elsfleth 160 und auf der Lüge a. d. Elbe 8 Mann, zusammen also 318 Mann. Nach unserm Statut sind wir verpflichtet, den streikenden Kollegen nach Kräften beizustehen, wir machen deshalb bekannt, daß statt der bisherigen 6 Gr. von nun an 9 Gr. pro Woche und Mitglied zu zahlen sind. Es muß Alles angeboten werden, den Brüdern am Meierstrand im Kampfe gegen die Kapitalmacht zum Siege zu verhelfen. Aus diesem Grunde haben wir auch am Sonntag den 12. April eine bereits im Organ angezeigte Versammlung einzurufen, zu der sich alle Mitglieder von hier und Umgegend zahlreich einfinden mögen. Als weitere Bedingung des Sieges gilt die strenge Abhaltung allen Zuguges nach Brahe-Elsfleth und Lüge.  
G. Rumpel.

#### Gewerksgenossenschaft der Maurer u. Zimmerer.

Brannschweig. Allen Mitgliedschaften, besonders deren Bevollmächtigten und Kassirern zur gefälligen Notiz. Der Hauptkassirer wohnt nicht mehr Kapfertwete Nr. 8, sondern jetzt Kapfertwete Nr. 5 und heißt Karl Bod; alle Gelder sind nunmehr an Letzteren zu adressiren. Auch ist in Augsburg eine neue Mitgliedschaft gegründet. Zum Bevollmächtigten wurde J. Galliläer, zum Kassirer J. Engster und zum Controllleur Raphael Formier gewählt. Alle Zuschriften sind zu richten an Gastwirth Stemmer, mittlerer Pech c. 363 Augsburg. Mit Gruß  
Für die Verwaltung:  
H. Rietke, Borf., Schöppenstedterstr. 50.

#### Verband der Klempner (Spengler) und verwandten Berufs-genossen.

Hamburg. Den Mitgliedern diene hiermit zur allgemeinen Kenntniß, daß in Hannover in der Fabrik von Bernstorff und Eichwede von sämmtlichen daselbst beschäftigten Kollegen die Arbeit eingestellt wurde. Der ohnehin schon nicht glänzende Lohn sollte noch um ein Bedeutendes vermindert werden. Vor Zugzug wird dringend gewarnt.

Ferner machen wir die Kollegen darauf aufmerksam, daß auch in Kopenhagen ein Strike nahe bevorsteht, wegen Einführung der Zehnstundenarbeit. Lasse sich Niemand von schlauen Agenten födern, wie es hier vor Kurzem vorgekommen ist.

Schließlich erinnern wir noch an die nahe bevorstehende Generalversammlung am 9., 10. und 11. Mai in Berlin. Es wäre wünschenswerth, daß alle Mitgliedschaften daselbst vertreten wären. Mitgliedschaften, welche nicht im Stande sind, einen Delegirten selbstständig schicken zu können, müssen mindestens ein Mandat einfinden, damit sie von einem Berliner Kollegen vertreten werden. Anträge sind bis zum 15. April an Unterzeichneten einzusenden.

Neue Mitgliedschaften haben sich gebildet in Ingolstadt, Bock, C. Schlier; Bielefeld, Bev. G. Schmid, Canton IV. Nr. 173; Elberfeld, Bev. R. Schaffner, Wirmhof 14.

Der Beitritt mehrerer anderer Orte sieht in nächster Zeit in Aussicht. Mit collegialischem Gruß

Der Verwaltungsrath.  
B. Meyger, Geschäftsführer.

#### Allgemeiner Böttcher- (Küper-) Verein.

Berlin, 4. April. Hiermit den Mitgliedern zur Kenntniß, daß Herr Seehaus, Bernauerstr. 80, 3 Tr., an Stelle des Herrn Hünze als Schriftführer gewählt wurde. Alle Briefe, die nicht das Kassenwesen betreffen, sind an denselben zu senden.  
Im Auftrage des Ausschusses: F. Oragerl.

# Gewerkschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter.

**Grimmischau.** Besuchs Veranstaltung geordneter Abklärer zur Generalversammlung, Aufstellung der verschiedenen Chargierten in Tabellen, Bekanntgabe sicherer Adressen für den Fremdenverkehr und die Wanderunterstützung, sowie zum Verlesen der Chargierten aller Orte und binnen spätestens 14 Tagen von heute an, in den Besitz genauer Mitteilungen über Namen und Wohnungen ihrer Vertrauensleute, Beitragsammler, Controleure, Wandergehaltzahlung, Fremdenunterstützung, sowie auch ins Besondere Abrechnungen und Gelder bis Ende März 1874 zuzuführen. Gelder adressiert man an L. Mehlhorn, „Bürger- und Bauernfreund“ hier, alle anderen Briefschaften u. an den unterzeichneten Geschäftsführer.

Materialien, die nicht gebraucht werden, retourniert man uns umgehend franco, da wir anderweitig Bedarf haben.

Der Druck neuer Statuten u. ist jetzt fertig und werden befehlte Lieferungen schleunigst erfolgen. Im Fall eines Versehens benachrichtige man uns per Postkarte.

Krankentassen-Angelegenheiten sind direkt an H. Thiersfelder, Turnhallenstraße, bei Gentsch hier zu adressieren.

Beschwerden in Gewerkschaftsangelegenheiten an Gustav Rother, Frankfurterstraße 517.

Es muß mit bevorstehender Generalversammlung endlich eine klare Unterlage zum Weiterarbeiten gewonnen werden; dies ist aber nur möglich, wenn man uns nach Kräften unterstützt mit sämtlichen Abrechnungen, Selbstsendungen laut Statut und sonstigen Berichten, die zur geordneten Geschäftsleitung unerlässlich sind. Wir weisen anderwärts jede weitere Verantwortung von uns, können indes bei tüchtigen Zusammenwirken aller Beteiligten, den besten Fortgang unserer besonders lebensfähigen Gewerkschaft in sichere Aussicht stellen. Die Vorstandsverwaltung beabsichtigt, wenn möglich an einem Ort und Tag mit dem deutschen Arbeiterbündnis unsere Generalversammlung abzuhalten. Schritte zur Vereinbarung sind eingeleitet.

Also Gewerkschaften, helft uns glatten Tisch und sicheren Boden schaffen, daß wir endlich mit Mitteln, wie sie unsere Branche schaffen kann, wenn sie sich organisiert und wie wir sie zum Teil schon in Reserve haben, aus dem Traumlleben herauskommen. Wir allein vermögen es nicht zu ändern, die bereits Organisierten müssen Hand an Werk behalten und mit Eifer und Buntlichkeit vorangehen.

Ordnung und Kampfgemeinschaft!  
F. A. Kolbig, 2. Vorsitzender d. G. B.,  
Consumrestauration Grimmischau.

## Correspondenzen

**Leipzig.** Die Leipziger Kreisdirection, an deren Spitze ein Bannerträger der Reaction in Sachsen, ein Herr von Burgdorf steht, hat folgenden staatsretterischen Ulas an die Polizeibehörden ihres Bezirks erlassen:

„In jüngster Zeit sind innerhalb des Bezirks der unterzeichneten königlichen Kreisdirection wiederholt öffentliche Versammlungen anberaumt und abgehalten worden, welche zufolge ihrer Ankündigung oder im Verlaufe der Verhandlungen selbst die Absicht haben erkennen lassen, die Thätigkeit der Pariser Commune, sowie revolutionäre Bestrebungen überhaupt zu dem Zwecke besprechen und zu verherrlichen, um zu Gesetzübertretungen und ungesetzlichen Handlungen geneigt zu machen.“

Da derartige Versammlungen nach § 5 des Gesetzes, das Vereins- und Versammlungsrecht betr., vom 22. November 1850 verboten sind, so hätte, soweit die vorangegebene Absicht bereits aus der nach § 2 des nur angezogenen Gesetzes erforderlichen Ankündigung erkennbar war, die Abhaltung der betreffenden Versammlung überhaupt nicht gebuldet werden sollen. In soweit aber diese Absicht sich erst im Laufe der Verhandlungen kundgab, wären sofort die in §§ 8, 9 und 10 des Gesetzes vom 22. November 1850 enthaltenen Vorschriften in Anwendung zu bringen, nach Befinden also zu polizeilicher Auflösung der Versammlung, event. zu Räumung des Versammlungsorts durch die bewaffnete Macht zu beschreiten gewesen.

Nachdem die unterzeichnete königliche Kreisdirection an mehreren, der jüngsten Vergangenheit angehörig Vorgängen die Wahrnehmung zu machen gehabt, daß in den vorstehend bezeichneten Fällen die Bestimmungen von §§ 5, 8, 9, 10 des Gesetzes vom 22. November 1850 theils überhaupt nicht, theils wenigstens nicht mit der zu wünschenden Gleichmäßigkeit zur Durchführung gelangt sind, findet sie sich veranlaßt, deren strenge Handhabung den Polizeibehörden des hiesigen Regierungsbezirks noch besonders anzuschärfen.“

Es ist eine unerwiesene dreiste Behauptung der Leipziger Kreisdirection, wenn sie die stattgehabten Versammlungen ohne Weiteres als solche bezeichnet, welche zu Gesetzübertretungen und ungesetzlichen Handlungen geneigt zu machen suchten. Das fehlte noch, daß die Polizei von einer Oberbehörde extra zum Versammlungsverbot und Versammlungsausschließung angehalten werde, nachdem sie in diesen Dingen bisher bereits das Menschenmögliche geleistet. Ungesetzliche Handlungen sind bisher noch in keiner sozialdemokratischen Versammlung begangen oder angegriffen oder dazu geneigt gemacht worden; wohl aber geschieht in jeder das gerade Gegenüber: die Unsitlichkeit und Corruption wird an den Pranger gestellt. Es scheint darnach, daß die königliche Kreisdirection ihre eigenen Begriffe von Sittlichkeit hat, was uns nicht weiter wundern. Wir kennen unzählige Beamte, die mit besonderem Eifer der Verfolgung der Sozialdemokratie obliegen, deren Sittlichkeit sich verachtet verhält, daß sie trotz legitimen Weib und Kind „Liebe Lust“ in den Armen einer Wirtin feiern, in Häusern die ihre thierischen Gelüste so wenig die Zügel anzulegen verwehren, daß auf der Straße keine anständige Dame vor ihren Schreien und zudringlichen Blicken sicher ist. Alles das aber hält die Betreffenden nicht ab, vor den Augen der Welt als Muster von Sitte und treue Wächter von Tugend und Moral zu glänzen. So ist's!

**Leipzig, 4. April.** (Zum Kapitel der sächsischen Rechtspflege.) Vorige Woche ist, wie wir schon gemeldet, Parteigenosse Uble in Chemnitz, früher verantwortlicher Redacteur der „Chemn. freien Presse“, wegen „Majestätsbeleidigung“ zu 6 Monaten Gefängnis verurtheilt worden. Nach Meldung der „Ch. fr. Presse“ befinden sich unter den vier Schöffen, welche den Gerichtshof mit bildeten, der Fabrikant Eberhardt, der sich durch verschiedene Artikel des Heftblatts der „Ch. fr. Pr.“, der „Kafeten“, seinerzeit beleidigt gefühlt, geklagt und auch die Verurtheilung des Blattes herbeigeführt hatte, und der Bankier Kunath, welcher voriges Jahr verurtheilt wurde, als er Plakate, die zu einer Arbeiterversammlung einluden, eigenhändig abriß und dafür in der „Ch. fr. Pr.“ eine scharfe Zurückweisung in Empfang nehmen mußte.

Beide Herren waren also persönliche Feinde des angeklagten Blattes, und es ist wohl kein Zweifel, daß von dem Ersten wenigstens der Staatsanwalt und die richterlichen Beamten dies wußten. Gleichwohl wurden sie zu Richtern über ein Blatt ernannt, dessen persönliche Feinde sie sind. Als kürzlich Bahlteich im Reichstag bei Gelegenheit des Antrags zur Reklamirung unserer Hubertusbürger Gefangenen die Aeußerung that die Sozialdemokratie bege gegen die Unabhängigkeit der Richter und Gerichte großen Zweifel, war man über diese Aeußerung sehr aufgebracht. Ein Vorfall, wie der hier geschilderte zu Chemnitz, ist jedenfalls nicht geeignet, den Glauben an die Parteilosigkeit der Richter zu stärken. Thatsache ist, daß in den Kreisen des arbeitenden Volks der Glaube an die Unparteilichkeit der Gerichte aufs allerletzte erschüttert ist. Sollte der Herr Justizminister oder sein Altregio, der Hr. Generalstaatsanwalt Dr. Schwarz einmal das Gefühl empfinden, sich von der Wahrheit unserer Behauptung zu überzeugen, dann rathen wir ihnen, sich incognito unter die Arbeiter zu begeben, da werden sie ihr blaues Wunder hören.

**Leipzig, 6. April.** Hinter geschlossenen Thüren im Schützenhause sprach am Sonnabend Herr Dr. Stephani, der Reichstagsabgeordnete für Leipzig, vor einer von der „Gemeinnützigen Gesellschaft“ einberufenen „Wählerversammlung“ über das neue Militärgesetz. Herr Stephani beantwortete natürlich aufs Eifrigste dies Gesetz und die Vermeidung eines Konflikts mit der Regierung. Die Kleinigkeit von 16 oder mehr Millionen, welche die Erhöhung der Präsenzjiffer kosten wird, bewilligt Herr Dr. Stephani natürlich mit leichtem Herzen, denn sie kommen ja aus dem — Volkssäckel und das ist gut. Die Rede war eben so jervil als langweilig und bewies, daß Herr Stephani nur Interessen der preussischen Regierung, nicht der Wähler kennt und demgemäß handelt. Daß die Clique, vor welcher er hinter geschlossenen Thüren sprach, ihn beklatschte, hat Nichts zu bedeuten. Die Bourgeoisie muß ein stehendes Heer haben, wenn auch nur zur eventuellen Niedererschlagung der Arbeiter.

In der Versammlung fand indessen folgendes Zwiegespräch statt:

Dr. Brockhaus: „Herr Professor, Sie haben doch eine hübsche Resolution in der Tasche?“  
Professor Dr. Biedermann: „Natürlich!“  
Die Biedermannsche Resolution wurde angenommen. Sie lautet:

„Die am 4. April im Schützenhause zu Leipzig versammelten Reichstagswähler dieser Stadt sprechen gegen ihren Abgeordneten die vertrauensvolle Erwartung aus, daß es einer Verständigung der liberalen Parteien im Reichstag mit dem Bundesrath in der Militärfrage gelingen werde, die schadensfrohen Hoffnungen innerer und äußerer Reichsfeinde auf eine Schwächung des Reichs nach außen und einen Conflict im Innern zu Schanden zu machen.“

Die Resolution wurde natürlich mit patriotischem Gebrüll begrüßt und die Versammlung der Leipziger Spieß- und Rastbürger aller Arten fand es in der Ordnung, daß die Volkserrettung sich eines ihrer letzten und wichtigsten Rechte begeben will.

Am Freitag Abend wird eine Volkerversammlung im Söfenhals stattfinden. Dort wird die Haltung Stephanis im Reichstage und an der Hand desselben beleuchtet und gebührend gewürdigt, sowie die Biedermannsche Resolution kritisiert werden und wir fordern behalbe die Wähler Leipzigs auf, dort zahlreich zu erscheinen, damit sie ihren Abgeordneten auch von der anderen Seite kennen lernen und ihnen recht klar wird, was dieser famose „Volkserreter“ unter „Volkwohl“ eigentlich versteht.

**Waldheim, 30. März.** In Erwägung, daß die Zeit der allgemeinen Geschäftskrisis sich nicht zur Gründung einer „Arbeiterzeitung“ eignet, daß wir die Parteiorgane und vielleicht doch das Parteiorgan schwächen würden; in Erwägung ferner, daß ein solches Blatt ein todgebornes Kind sein würde, und auf den Rath erfahrener Parteigenossen, lassen wir zwar unser Zeitungsproject nicht fallen, vertagen jedoch seine Verwirklichung auf einen günstigeren Zeitpunkt. Wir fordern die Bestimmungsgenossen unseres Wahlkreises auf, diesem Beschlusse beizutreten.

Für die Literar. Commission: Adolph Lepp.

**Bielefeld.** In der hiesigen Damastfabrik von Brun u. Lippelt droht ein Streik auszubrechen. (Differenz liegt in dem Aufbäumen, Schieren und Spulen). Die Arbeiter haben sämtlich gekündigt. Der Werkführer, ein Chemnitz, sucht alle Hebel in Bewegung zu setzen, um aus Sachsen Weber zu bekommen. Die Arbeiter und Parteigenossen werden ersucht, dies Vorhaben zu vereiteln und den gänzlichen Zuzug von hier fern zu halten.

Sämmtliche arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.  
Mit sozialdemokratischem Gruß  
H. Heitbrind.

**Bielefeld.** In der hiesigen Werkzeugmaschinenfabrik von Gildemeister u. Comp. haben sämtliche Arbeiter die Arbeit eingestellt, weil die Arbeitszeit von 10 auf 11 Stunden erhöht werden sollte; viele Arbeiter sind schon abgereist. Sämmtliche zureisenden Metallarbeiter werden ersucht, sich dieses zur Noth zu nehmen. Den hier Zureisenden zur Noth, daß sich ein Arbeitsnachweisungs-bureau beim Wirth Carl Werninger, Rothfortenstraße, befindet.

Mit sozialdemokratischem Gruß  
H. Heitbrind.

**Elberfeld, 25. März.** (Offener Brief an Herrn Heinrich Dürholz, Redacteur des Bergisch-Märkischen General-Anzeigers.) Herr Redacteur! Sie haben sich veranlaßt gefühlt, in Ihrem Blatt einen Leitartikel unter dem Titel: „Der 18. März und die Sozialdemokratie“ vom Stapel zu lassen, in welchem sie der Pariser Commune den Vorwurf der „Dummheit“ und des „Verbrechens“ machen. Aber nicht allein die Pariser Commune suchen Sie in jenem Artikel in ein gehässiges Licht zu stellen, sondern auch die Sozialdemokratie behandeln Sie in denunziatorischer Weise. Doch lassen wir Sie selbst sprechen. Sie sagen zunächst über die Pariser Commune Folgendes: „Die Feier der Commune seitens der Sozialdemokratie ist ein Ereigniß, das zum Nachdenken auffordert. Es soll die Erinnerung an jene Tage das Gefühl der Mitglieder des vierten Standes erheben und sie stärken für die folgenden Tage des Kampfes. Ich will nicht untersuchen, ob die Forderungen des vierten Standes berechtigt sind, auch nicht, ob ein Arbeiterstaat nach den Grundfäden der Sozialdemokratie denkbar ist, ich will sogar annehmen, alle diese Forderungen des vierten Standes sind berechtigt, und der Arbeiterstaat, wenn er geschaffen ist nach den Grundfäden der Sozialdemokratie, wird weiter bestehen und die Menschheit glücklich machen; — aber selbst wenn ich dies Alles annehmen will, so muß ich dennoch sagen, ein Kampf, wie ihn die Commune für die Verwirklichung dieser Idee geführt hat, ist entweder eine Dummheit oder ein Verbrechen, und aus denselben Ursachen ist die Feier der Commune ebenfalls ein Unrecht.“ — Also die Pariser Commune hat nach Ihrer Auffassung ein „Verbrechen“ oder eine „Dummheit“ begangen, daß sie den Kampf, welcher ihr von Seiten der Versäuer Blut-Bande dadurch aufgedrungen wurde, daß man die Pariser Bevölkerung zu entwaffnen suchte, aufgenommen hat. Nun geht zwar, ich weiß es, Ihre Mei-

nung dahin, die Pariser hätten sich lieber sollen entwaffnen lassen, als unter solch ungünstigen Verhältnissen einen Kampf um's Sein oder Nichtsein aufzunehmen. Und weil nun die Pariser Commune dennoch trotz der ungünstigen Verhältnisse den Kampf gewagt hat, ist das in Ihren Augen eine „Dummheit“ oder ein „Verbrechen“. Eine schöne Logik, Herr Dürholz! Konnten die Pariser von dem Augenblick an, als man von Seiten der Nationalversammlung den berücktesten Thiers zum Chef der Executive ernannt hatte, noch darüber in Zweifel sein, daß man in Versailles die Absicht hegte, die Republik zu verrathen?

Nein, Herr Dürholz, keinen Augenblick konnte bei der Pariser Bevölkerung von diesem Moment an noch ein Zweifel darüber obwalten, daß es beschlossene Sache war, die Republik zu verrathen und über Nacht in Blut zu ertränken. An der Spitze der Armee und der Nationalgarde standen Kommandanten, die mehr oder weniger der Republik feindlich gesinnt waren, war es da, Herr Dürholz, von der Commune eine „Dummheit“ oder ein „Verbrechen“, daß dieselbe um jeden Preis die Republik erhalten wollte? War es eine „Dummheit“? oder ein „Verbrechen“? von der Commune, daß dieselbe Folgendes verlangte: 1) Die vollständige Autonomie (Selbstverwaltung) der Gemeinde; 2) das Recht der Nationalgarde, alle ihre Offiziere zu wählen; 3) die Nichtannahme des absurden Dufaure'schen Gesetzes über die Wechselverfallfristen; 4) die gesetzliche Bestimmung, daß Paris fortan keine militärische Garnison haben solle.

Enthalten diese vier Punkte eine „Dummheit“ oder ein „Verbrechen“? Antwort, Herr Dürholz! Oder sind „Dummheit“ und „Verbrechen“ nicht auf der andern Seite massenhaft zu finden, Herr Dürholz?

Und wie fromm klingt es nicht, wenn Sie sagen, daß die Feier der Commune ein „Unrecht“ ist. Doch es kommt noch besser; Ihre Denunziation wird immer stärker. Hören wir Sie weiter an, Herr Dürholz! Sie sagen, nachdem festgestellt, daß in Frankreich auf die Revolution von 1848 die Deportationen, in Preußen das Ministerium Ranteuffel und auf die Tage der Commune die Satory-Schlächtereien und das jetzige Regime in Frankreich folgten; Folgendes: „Wer also in den ersten hundert Jahren der Herbeiführung anderer Zustände auf dem Wege der Gewalt das Wort redet, der begeht eine Dummheit oder ein Verbrechen. Sage man nicht: Das that ja Niemand! Unsere Agitatoren reizen nicht zu Gewaltthaten auf! Gewiß thun sie das, denn die Empfehlung der Feier dieser Gewaltthaten ist eine Auffreizung. Das Volk ist nicht im Stande, den philosophischen Auseinandersetzungen der Führer zu folgen, wenn sie sich um Begriffe herumstreiten.“

Sie sind ein wahrer Prachtstück, Herr Dürholz! Fürwahr, Freund Stieber und Oberstaatsanwalt Lessenborn zu Berlin könnten Sie gute Dienste leisten, Ihre verdornte materielle Lage würde dann eine weit bessere werden. Haben Sie schon vom Reptilienfonds gehört, Herr Dürholz?

Doch wir müssen Sie, um den Lesern des „Vollstaat“ zu zeigen, mit welcher Sorte von Zeitungsschreibern wir es zu thun haben, weiter denunzieren lassen. Sie fahren in einem acht staats-anwaltlichen Tone fort: „Oder wenn der Reichstagsabgeordnete Rosi, den die Mitglieder der Eisenacher Partei eingeladen haben, am Samstag hier in Varmen in der Volkerversammlung zu Ehren der Commune die Festrede zu halten, in seinem Proletariatsliederbuch schreibe:

„Heil uns, der Zunder ist gehäuft,  
Der Weltbrand loht zum Himmel,  
Das Schlachtschwert sanft, die Kugel pfeift,  
Rings wildes Kriegesgetümmel.“ u. s. w.

Ich sage, wenn so etwas geredet oder geschrieben wird, so nimmt das Volk das wörtlich; es erregt sich irgend ein Vorkommniß, das einen Funken in den aufgehäuften Zündstoff wirft, und der blutige Tanz beginnt. Das Militär rückt ein, der Kampf entbrennt und Ströme von Blut fließen.“ Sie haben, Herr Dürholz, eine verdammt schlechte Meinung von dem Begriffsverständnis des Volkes; die Vorträge, welche Sie „philosophische Auseinandersetzungen“ und „aufreizende“ Reden nennen, sind bis jetzt so ziemlich vom Volk verstanden worden, das beweisen ja klar und deutlich die Reichstagswahlen. Die Stimmen, welche die Sozialdemokratie bei der letzten Wahl auf sich vereinigt, sind Ihnen ja bekannt, Herr Dürholz. Die Agitation wird schon zehn Jahre in Deutschland betrieben und es sind noch keine Ströme von Blut geflossen. Ich weiß nicht, wie viele Rosi'sche Liebeslieder schon in die Welt gegangen sind, und noch sind keine Soldaten nöthig gewesen, um einen Aufruhr zu unterdrücken. Das Volk, Herr Dürholz, rückt täglich der Erkenntniß näher, daß nur die Sozialdemokratie seine rechte Lehrmeisterin ist. Auch wird die moderne Gesellschaft keine hundert Jahre mehr, wie es Ihre Ansicht ist, existieren. Der Aktien-, der Börsen- und Grundbesitzwandel, die stetige Ueberproduktion und die immer drückendere Militärlast bringen die moderne Gesellschaft mit Riesenschritten der Auflösung näher. Kein „Culturkampf“, keine Zündnadel, keine gezogenen Kanonen, keine Macht der Erde kann unsere heutige moderne bürgerliche Gesellschaft vor dem Untergange retten.

Andern Blödsinn, Herr Dürholz, den Sie in Ihrem Leitartikel zu Tage gefördert, will ich Ihnen schenken in der Hoffnung, daß Sie ein anderes Mal etwas vorsichtiger zu Werke gehen.  
Rich. Schmelzer.

**Hamburg.** (Zur Beachtung für Cigarrenarbeiter.) Wir haben 18 Mann, Sonnabend, den 4. April, bei dem Hausarbeiter Ernst, wohnhaft Hopfenstraße 19, St. Pauli, die Arbeit eingestellt, weil derselbe einem unserer Collegen, Namens Köhler, mit der Bemerkung, daß er ihm die gesammelten Arbeiter anfrühte, aus der Arbeit entließ. Der Hausarbeiter Ernst ist bereits bekannt, indem derselbe zu wiederholten Malen derartige Experimente versucht hat.

Wir machen nun alle Collegen darauf aufmerksam und ersuchen dieselben, nicht nur den Zuzug fernzuhalten, sondern diesem Vorfall auch die weitest Verbreitung zu verschaffen, indem das Mittelbünd, genannt Hausarbeiter, jetzt mit allen Kräften bestrebt sein wird, den Arbeitern Concurrenz zu schaffen.

Mit collegialischem Gruß  
Sämmtliche Arbeiter genannter Fabrik.

**Duisburg, 15. März.** (Nationalliberalismus und Bourgeois-Humanität.) Die Wahlen sind vorüber und der Reichstag in seiner vollen Thätigkeit, Gesetze auf Gesetze schaffen und das meiste gegen das Proletariat. Der Kreis Duisburg hat die Ehre, durch den nationalliberalen altkatholischen Professor v. Schulte aus Bonn vertreten zu sein. Das hier kein Sozialdemokrat durchgekommen ist, hat wohl seinen Grund in der bedauerlichen Zersplitterung der beiden sozialdemokratischen Fraktionen. Während der Wahl erschienen von nationalliberaler Seite Flugblätter über Flugblätter gegen die Sozialdemokraten, die, wie gewöhnlich, als Reichsfeinde und Theiler verschrien wurden. Nur sie, die Nationalliberalen wollten den Volkwohlstand heben, das stehende Heer wäre nöthig, den auswärtigen Feind, wenn es ihm ja einfallen sollte, sich nach dem überaus glücklichen Deutschland zu sehnen, zu-

